

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann und
Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Wohngeld Plus: Informationsoffensive für Rentner:innen starten

Zum 1. Januar 2023 ist das sogenannte Wohngeld-Plus-Gesetz in Kraft getreten. Mit der Reform wurde das Wohngeld nicht nur erhöht, sondern auch der Kreis der Anspruchsberechtigten ist erheblich ausgeweitet worden. Bisher wird von einer Verdreifachung der Zahl der berechtigten Haushalte ausgegangen: Erhielten in 2020, laut Statistischem Bundesamt, fast 620.000 Haushalte den Zuschuss zum Wohnen, sollen nun bundesweit rund 2 Millionen Haushalte vom Wohngeld profitieren. Fast die Hälfte aller Wohngeldempfänger:innen sind Rentner:innen. Für Hamburg wird angenommen, dass statt der bisher 12.500 Wohngeldhaushalte zukünftig rund 40.000 Haushalte Wohngeld beziehen werden. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl derjenigen, die zwar anspruchsberechtigt sind, aber ihren Anspruch nicht verwirklichen. Denn bereits 2020, also noch vor der Energiekrise, waren bundesweit circa 11 Prozent aller Haushalte durch ihre Wohnkosten überlastet. In Hamburg gibt es circa 1.040.000 Haushalte. Demzufolge müsste die Anzahl der Haushalte, die aufgrund ihrer Wohnkosten überlastet sind, bei 114.400 Haushalten liegen. Also deutlich höher wie bisher angenommen. Eine Überbelastung durch Wohnkosten liegt vor, wenn ein Haushalt mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnkosten ausgibt. Insbesondere für Rentner:innen werden die Wohnkosten aufgrund der immens steigenden Energiekosten immer mehr zur Belastung.

In Hamburg leben 29.000 Senior:innen von Grundsicherung, weil ihre Rente unterhalb der Armutsgrenze liegt. Knapp doppelt so viele Hamburger Senior:innen gelten, laut Statistischem Bundesamt, als armutsgefährdet und haben damit weniger als 1.251 Euro monatlich zur Verfügung. Sieben Euro mehr bekommen Hamburger Senior:innen im Schnitt von der Rentenversicherung als Altersrente ausgezahlt (1.258 Euro), bei Frauen ist es deutlich weniger: Da liegt die Summe im Schnitt bei 867 Euro (vergleiche Statista). Umso wichtiger ist, dass mehr ältere Menschen ihren Anspruch auf Wohngeld verwirklichen und diesen aus Unkenntnis, Scham oder aufgrund enormer Antragshürden überhaupt nicht erst prüfen lassen. Ziel sollte der diskriminierungsfreie Zugang aller anspruchsberechtigten Haushalte zu dieser gesetzlichen Leistung sein.

Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass eine persönliche Ansprache per Post sehr erfolgsversprechend ist. Bremen hat beispielsweise in einem solchen Anschreiben alle Menschen zur Auffrischimpfung eingeladen und damit hohe Impfquoten erreicht. Studien aus dem hessischen Bad Nauheim belegen ebenfalls, dass persönliche Anschreiben die Impfbereitschaft gesteigert haben. Diese persönlichen Ansprachen per Post könnten Vorbild für eine Informationsoffensive zum Wohngeld Plus auch für die älteren Menschen sein, die ihren Anspruch auf Wohngeld aus Unwissenheit, Scham oder aufgrund bürokratischer Hürden bisher nicht realisieren. Sie könnten so über ihren möglichen Wohngeldanspruch informiert und zur Prüfung ihres Anspruchs aufgefordert werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine Informationsoffensive „Wohngeld Plus“ zu initiieren,
2. alle Rentner:innen (älter als Jahrgang 1957) mit Wohnsitz in Hamburg mit einem persönlichen Anschreiben per Post über das Wohngeld Plus zu informieren und sie auf ihren möglichen Wohngeldanspruch hinzuweisen,
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2023 dazu zu berichten.